

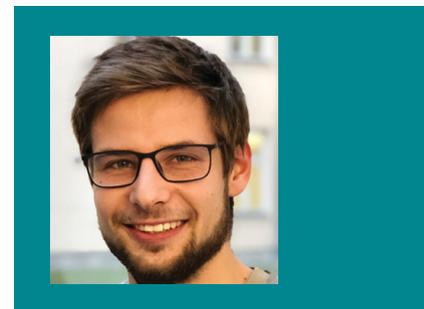
Politische Bildung als Unterrichtsprinzip im österreichischen Schulsystem

Fokus: Religionsunterricht aus politikdidaktischer Perspektive

Der Autor

Matthäus **Berger**, Lehramtsstudent im Universitätenverbund Süd-Ost am Standort Graz (Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung sowie Katholische Religion) mit Zusatzausbildung ‚Politikwissenschaft-Politische Bildung‘ an der Karl-Franzens-Universität Graz.

Matthäus Berger
e-mail: matthaeus.berger@edu.uni-graz.at



Die Autorin

Mag.^a Britta **Breser**, M.E.S., Lehre und Forschung an der Pädagogischen Hochschule KPH Graz und an der Karl-Franzens-Universität Graz, Schwerpunkte: Politische Bildung, Politische Kommunikation und Demokratie-Entwicklung, Dissertantin beim Internationalen Netzwerk Politische Kommunikation (netPOL).

Mag.^a Britta Breser, M.E.S.
KPH Graz
Lange Gasse 2
A-8010 Graz
e-mail: britta.breser@kphgraz.at



Politische Bildung als Unterrichtsprinzip im österreichischen Schulsystem

Fokus: Religionsunterricht aus politikdidaktischer Perspektive

Abstract

Laut ‚Grundsatzterlass‘ von 1978 gehört es auch zur Aufgabe des Religionsunterrichts im österreichischen Schulsystem, Politische Bildung als Teil der Unterrichtsinhalte zu berücksichtigen. Der vorliegende Beitrag gibt Einblick in die Entwicklung und Implementierung des Unterrichtsprinzips Politische Bildung und thematisiert aktuelle Standpunkte aus Sicht der Politikdidaktik: Welche Aufgaben kommen dem Religionsunterricht in Hinblick auf die Vermittlung politischer Themen im Rahmen des Unterrichtsprinzips Politische Bildung zu? Herausforderungen und Problemfelder werden thematisiert, um das ‚Politische‘ im Religionsunterricht künftig kritisch weiterzuentwickeln.

Schlagerworte: Politische Bildung – Unterrichtsprinzip – Religionsunterricht – Implementierung – Politikdidaktik

***Citizenship Education as a Teaching Principle in the Austrian School System.
Focus: Religious Education from the Perspective of Didactics of Political Studies***

According to the ‚Grundsatzterlass‘ from 1978, Religious Education in the Austrian school system also has the obligation of teaching Citizenship Education as part of its curriculum. The following paper gives insight into the development and implementation of Citizenship Education as a teaching principle and addresses current viewpoints from the field of the Didactics of Political Studies: What are the specific tasks of Religious Education with regard to the instruction of political issues according to the teaching principle Citizenship Education? Challenges and problem areas will be addressed in order to critically develop political aspects in the framework of Religious Education in the future.

Keywords: Citizenship Education – teaching principle – Religious Education – implementation – Didactics of Political Studies

1. Historische Entwicklung: Das *Unterrichtsprinzip Politische Bildung* im österreichischen Schulsystem

Seit dem ‚Grundsatzenerlass‘ des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst von 1978, durch den die Politische Bildung als allgemeines *Unterrichtsprinzip* im österreichischen Schulsystem festgelegt wurde, gehört es auch zur Aufgabe des Religionsunterrichts, politische Themen als Teil der Unterrichtsinhalte zu berücksichtigen. Das *Unterrichtsprinzip Politische Bildung* geht von einer ‚Politikimmanenz‘¹ aller Wissensbereiche aus, dient als ein allgemeiner Grundsatz zur Gestaltung des Unterrichts im gesamten schulischen Fächerkanon und soll politische Urteils- und Handlungskompetenzen entwickeln. Bevor jedoch auf die Implementierung des *Unterrichtsprinzips* sowie dessen Herausforderungen und Problemfelder für den Religionsunterricht Bezug genommen wird, ist ein Blick auf die historische Entwicklung der Politischen Bildung im österreichischen Bildungswesen notwendig. Denn die Intentionen gesetzlicher Bestimmungen können nie ohne die zu ihrer Einführung vorherrschenden gesellschaftlichen Bedingungen verstanden werden. Dies trifft insbesondere auf Reformen der (Politischen) Bildung zu.²

Die fehlende Aufarbeitung der nationalsozialistischen Diktatur nach Ende des Zweiten Weltkrieges hatte für die Politische Bildung in Österreich nachhaltige Auswirkungen.³ Im Gegensatz zu Deutschland hatten die Alliierten zu keiner Einführung von so genannten Re-Education-Programmen gedrängt, da Österreich offiziell als Opfer des Nationalsozialismus angesehen wurde.⁴ Auch aufgrund des gegenseitigen Misstrauens in Bezug auf Politische Bildung zwischen den beiden polarisierenden Großparteien ÖVP und SPÖ und Angst vor einseitiger Instrumentalisierung kam es über Jahrzehnte hindurch zu keinen grundlegenden Reformen der Politischen Bildung.⁵ Dieser Entwicklungsrückstand ist bis heute sichtbar. Statt eines eigenen Faches zur Politischen Bildung wurde 1949 nur ein Erlass zur ‚staatsbürgerlichen Erziehung‘ eingeführt, um die damaligen politischen Ziele der Regierung – die Ausbildung eines Österreich-Bewusstseins sowie die Erziehung zu treuer Gefolgschaft – zu verwirklichen.⁶ Erst in den 1960er Jahren kam die Politische Bildung in der österreichischen Bildungsdiskussion in die Kritik: Unter ande-

1 PELINKA, Anton: Politikwissenschaft und Politische Bildung, in: FREI, Norbert / HEINTEL, Peter (Hg.): Politische Bildung als Unterrichtsprinzip. Konsequenzen für die Universitäten, Wien: Österreichische Rektorenkonferenz 1985, 549.

2 Vgl. DACHS, Herbert: Politische Bildung in Österreich – ein historischer Rückblick, in: KLEPP, Cornelia / RIPPITSCH, Daniela (Hg.): 25 Jahre Universitätslehrgang Politische Bildung in Österreich, Wien: Facultas 2008, 17–34, 17.

3 Vgl. MICKEL, Wolfgang W.: Politische Bildung in der Europäischen Union, in: SANDER, Wolfgang (Hg.): Handbuch politische Bildung, Schwalbach/Ts.: Wochenschau ³2005 (= Reihe Politik und Bildung 32), 635–651, 648.

4 Vgl. WOLF, Andrea: Zur Geschichte der politischen Bildung an Österreichs Schulen, in: DERS. (Hg.): Der lange Anfang. 20 Jahre »Politische Bildung in den Schulen«, Wien: Sonderzahl 1998, 13–44, 23.

5 Vgl. DACHS 2008 [Anm. 2], 23–25.

6 Vgl. EBD., 24.

rem zeigten Meinungsumfragen Wissensdefizite und generelles Desinteresse österreichischer Jugendlicher an Politik. Zudem machten sich auch in Österreich die Demokratisierungsforderungen der 68er-Jahre bemerkbar.⁷ Ab 1970/71 wurde die Politische Bildung erstmals als unverbindliche Übung eingeführt und 1973 eine eigene Abteilung im Unterrichtsministerium errichtet. Im Jahr darauf gab es Bestrebungen, sie als eigenes Unterrichtsfach zu installieren, doch die Nachkriegskepsis der beiden damaligen Großparteien ÖVP und SPÖ in Bezug auf Instrumentalisierungsmöglichkeiten war immer noch präsent und somit konnte keine dafür benötigte Zweidrittelmehrheit im Nationalrat gefunden werden. Stattdessen beauftragte man eine Arbeitsgruppe mit der Ausarbeitung eines so genannten ‚Grundsatzerglasses‘ zur Politischen Bildung, der nach langen Diskussionen erst 1978 fertiggestellt werden konnte.⁸ Seit diesem Zeitpunkt ist die Politische Bildung im österreichischen Schulsystem in jedem Schultyp, jedem Unterrichtsfach und jeder Schulstufe in Form eines allgemeinen *Unterrichtsprinzips* verankert. Letztendlich war dies der kleinstmögliche Kompromiss, auf den sich die durch weiterhin gegenseitiges Misstrauen geprägten Parteien einigen konnten.⁹

Zum Zeitpunkt seiner Einführung war die Politische Bildung hauptsächlich als Legitimationsgrundlage für all jene Lehrpersonen gedacht, die politische Inhalte in ihrem Unterricht vermittelten. Durch die Aufteilung der Politischen Bildung auf mehrere Lehrpersonen wurde zudem dem Instrumentalisierungsargument der Wind aus den Segeln genommen. Darüber hinaus gab es dem Ministerium die Möglichkeit, bei kritischen Fragen auf den Erlass zu verweisen und so die Verantwortung an Schulen und Lehrpersonen weiterreichen zu können. Forderungen nach einem eigenen Unterrichtsfach flachten durch die Einführung des *Unterrichtsprinzips* zunehmend ab.¹⁰

Aber auch die Diskussion rund um das *Unterrichtsprinzip* verlor in weiterer Folge an gesellschaftlicher Polarisierung: Die Bedeutung traditioneller Sozialisierungsinstanzen und ideologischer Erklärungsmuster nahm ab. Eine dadurch wachsende Zahl mobiler werdender WählerInnen schwächte das Instrumentalisierungs-Denken der früheren Großparteien ab. Durch zunehmenden politischen Orientierungsbedarf – verursacht aufgrund vermehrter politischer Konkurrenz und einer Europäisierung österreichischer Politik – sowie durch neue gesellschaftliche Problemlagen und (globale) Bedrohungsszenarien erfuhr die Politische Bildung auch

7 Vgl. WOLF 1998 [Anm. 4], 27.

8 Vgl. EBD., 30–44.

9 Vgl. DACHS, Herbert: Der sieche Prometheus. Österreichs Politische Bildung in den Mühlen der Ebene, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaften 25/1 (1996) 5–18, 9.

10 Vgl. DACHS 2008 [Anm. 2], 29.

einen neuen befürwortenden Stellenwert. Die demokratiepolitische Problematik von Nicht-Wissen rückte ebenfalls in den Blickpunkt gesellschaftlicher Debatten.¹¹ Mit Ausnahme einer unveränderten Wiederverlautbarung des ‚Grundsatzterlasses‘ durch das Ministerium im Jahr 1994¹² fanden jedoch im Bereich des Unterrichtsprinzips Politische Bildung lange Zeit keine Weiterentwicklungen statt. Selbst als man 2015 nach 37 Jahren den ‚Grundsatzterlass‘ von 1978¹³ neu überarbeitete, passierte dies ohne öffentliche Debatte. Schließlich trugen auch einige Reformen für die Politische Bildung zur Jahrtausendwende dazu bei, dass es rund um das *Unterrichtsprinzip* ruhig geworden ist: 2001 installierte man das Kombinationsfach ‚Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung‘ in der AHS-Oberstufe. Aufmerksamkeit erlangte die Politische Bildung erneut 2007, als das gesetzliche Wahlalter auf 16 Jahre herabgestuft wurde. Eine Reihe von Neuerungen folgten 2008 mit der Einführung des Unterrichtsfaches ‚Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung‘ in der Sekundarstufe I.¹⁴ Hinzu kam die Entwicklung eines eigenen Kompetenzmodells für die Politische Bildung.¹⁵ Ein eigenständiges und verpflichtendes Unterrichtsfach in Ergänzung zum *Unterrichtsprinzip Politische Bildung* konnte in Österreich bislang jedoch nur in den Berufsschulen etabliert werden.

2. Problem: Die Implementierung des *Unterrichtsprinzips Politische Bildung*

2.1 Überblick: Empirische Studien

Zur Implementierung des *Unterrichtsprinzips Politische Bildung* im österreichischen Schulsystem existieren nur wenige empirische Studien. Sie weisen im Wesentlichen auf gravierende Mängel hin, welche auch für den Religionsunterricht zu bedenken sind. Eine Untersuchung speziell zur Umsetzung des *Unterrichtsprinzips Politische Bildung* im Religionsunterricht des österreichischen Schulsystems fehlt noch gänzlich. In der Literatur wird die Implementierung im schulischen Fächerkanon generell als „*Black Box*“¹⁶ beschrieben.

11 Vgl. EBD., 31.

12 Vgl. BMUK: Grundsatzterlaß „Politische Bildung in den Schulen“. Wiederverlautbarung 1994, in: https://bildung.bmbwf.gv.at/schulen/unterricht/uek/pb_grundsatzterlass_1994_26943.pdf?61ech1 [abgerufen am 18.01.2019].

13 Vgl. BMBF: Unterrichtsprinzip Politische Bildung (Grundsatzterlass 2015), in: https://bildung.bmbwf.gv.at/ministerium/rs/2015_12.pdf?6cczm4 [abgerufen am 03.01.2019].

14 Vgl. HELLMUTH, Thomas / KLEPP, Cornelia: Politische Bildung. Geschichte – Modelle – Praxisbeispiele, Wien u.a.: UTB 2010, 78–80.

15 KRAMMER, Reinhard: Kompetenzen durch Politische Bildung. Ein Kompetenz-Struktur-Modell, in: FORUM POLITISCHE BILDUNG (Hg.): Kompetenzorientierte Politische Bildung 29 (2008) 5–14.

16 OEFTERING, Tonio: Das Politische als Kern der Politischen Bildung, Schwalbach: Wochenschau 2012, 10.

Trotz der Bestrebungen des Ministeriums in der Anfangszeit, mit Aktionen sowie Unterrichtsmodellen (den so genannten ‚Blauen Heften‘) dem *Unterrichtsprinzip Politische Bildung* eine gelungene Einführung in den Regelbetrieb zu ermöglichen¹⁷, entwickelte sich unter Lehrpersonen von Beginn an eine große Verunsicherung, was im Bereich der Politischen Bildung überhaupt erlaubt sei und was nicht. Dies hatte auch mit den Großparteien SPÖ und ÖVP zu tun, argumentiert Dachs: „Trotz [...] Konsens gingen – zwar etwas weniger hitzig als zuvor – die medialen Scharmützel munter weiter. Insbesondere den LehrerInnen sollte damit wohl signalisiert werden, sie sollten sich strikt an die vorgegebenen Grenzen halten, widrigenfalls sie mit öffentlich gemachter Kritik zu rechnen hätten.“¹⁸ Das war ein Mitgrund, dass das *Unterrichtsprinzip* bei nur wenigen Lehrpersonen Anwendung fand.¹⁹

Die ersten wissenschaftlichen Studien zur Umsetzung des *Unterrichtsprinzips Politische Bildung* wurden erst über zehn Jahre nach seiner Einführung durch Haubenwallner (für das Dr.-Karl-Renner-Institut) und Faßmann gemeinsam mit Münz (für das Unterrichtsministerium) durchgeführt. Sie gelangten zu der Erkenntnis, dass in den 1990ern unter Lehrpersonen zwar weitgehend Akzeptanz für eine Politische Bildung an Österreichs Schulen existierte, die Zuständigkeit dafür wurde jedoch hauptsächlich dem Geschichtsunterricht, gefolgt von den Fächern Geografie und Wirtschaftskunde, Deutsch und Religion zugeordnet.²⁰ Ein Drittel der befragten Lehrpersonen meinte, ihr eigenes Fach berühre überhaupt keine politischen Grundfragen.²¹ Auch die international vergleichende Studie ICCS aus dem Jahr 2009 kommt zu überschneidenden Ergebnissen.²²

Die jüngste und einzige einigermaßen aktuelle Umfrage zur Politischen Bildung in Österreich, eine von der Arbeiterkammer und der Pädagogischen Hochschule Wien in Auftrag gegebene SORA-Studie aus dem Jahr 2014 [zu beachten: n = 476], zeigt, dass sich Wiener Lehrpersonen der Primarstufe (64 Prozent) und Sekundarstufe I (80 Prozent) mittlerweile mehrheitlich eine Verantwortung bei der Vermittlung von Politischer Bildung zuschreiben und Schule als zentralen Ort

17 Vgl. HELLMUTH / KLEPP 2010 [Anm. 13], 75; vgl. DACHS 1996 [Anm. 9], 9.

18 DACHS 1996 [Anm. 9], 9.

19 Vgl. DACHS 2008 [Anm. 2], 29.

20 Vgl. HAUBENWALLNER, Heinz: Der Grundsatzterlass zur politischen Bildung in den Schulen und seine Auswirkungen in der schulischen Realität, in: Politische Bildung. Dokumentation der Studientagung vom 8. November 1989 im Dr.-Karl-Renner-Institut. Wien: Dr.-Karl-Renner-Institut 1990, 16–27, 17.

21 Vgl. FASSMANN, Heinz / MÜNZ, Rainer: Politische Bildung im Schulunterricht. Behandelte Themen, verwendete Unterlagen, Wünsche der Lehrer, Wien: BMUK 1991, 2.

22 Vgl. ICCS: International Civic and Citizenship Education Study 2009. Hauptergebnisse Österreich, in: www.uibk.ac.at/bgl/projects_networks/iccs/iccs-executive-summary.pdf [abgerufen am: 07.01.2019].

der Politischen Bildung ansehen.²³ Wie bei Faßmann und Münz kommt man auch hier zu dem Ergebnis, dass die tatsächliche Anwendung im Unterricht immer noch stark von der jeweiligen Lehrperson abhängt. Deren Engagement entscheidet nicht nur, ob und wieviel an Inhalten zur Politischen Bildung unterrichtet werden, sondern auch die konkrete Auswahl an Themen. Unterrichtet wird meist nicht nach Lehrplan oder den Zielen des ‚Grundsatzlerlasses‘, sondern nach dem subjektiven Empfinden der Lehrperson.²⁴ Larcher und Zandonella betonen, dass vor allem Lehrpersonen, die selbst ein geringes politisches Interesse zeigen, weniger aktiv politische Themen in ihren Unterricht miteinbeziehen, größere Angst vor negativen Folgen ihres Handelns haben und sich zur Politischen Bildung mehr Fort- und Weiterbildungen wünschen.²⁵ Da eine Implementierung der Politischen Bildung bis heute entscheidend von den Lehrpersonen abhängt, die bereits für politische Themen sensibilisiert sind, folgert Mittnik eine unzureichende Umsetzung des vorgegebenen Ziels, die SchülerInnen für die Rolle als BürgerInnen in einer Demokratie vorzubereiten.²⁶

2.2 Chancen und Gefahren

Politische Bezüge im Religionsunterricht zu reflektieren und diese den SchülerInnen zur Urteilsbildung zugänglich zu machen, ist Aufgabe *Politischer Bildung als Unterrichtsprinzip*. Was im österreichischen Schulsystem ursprünglich als eine Art Notlösung vorgesehen war, wird aus politikdidaktischer Sicht auch als Chance begriffen: Man schreibt dem *Unterrichtsprinzip* einen unverzichtbaren Charakter zu, der durch den bloßen Politikunterricht nicht ersetzt werden könne.²⁷ Politische Bildung in den verschiedenen Fächern ermöglicht einen ‚weiten‘ Politikbegriff, der die Frage in den Mittelpunkt stellt, wie die Gesellschaft Zusammenleben als Ganzes regeln und gestalten will. Er bezieht sich nicht nur auf historische Entwicklungen oder institutionelle Strukturen, sondern auf die politischen Dimensionen aller Gegenstände, um so politisches Bewusstsein und Verhalten auf unterschiedlichsten Ebenen zu entwickeln.²⁸

23 Vgl. LARCHER, Elke / ZANDONELLA Martina: Politische BildnerInnen 2014. Politische Bildung in Volksschule und Schulen der Sekundarstufe 1 in Wien, Wien 2014 (= Studie des SORA-Instituts), 14; 16.

24 Vgl. EBD., 32.

25 Vgl. EBD., 56–60.

26 MITTNIK, Philipp: Über das Versagen der politischen Bildung, in: Der Standard (17.05.2017), <https://derstandard.at/2000057807469/Ueber-das-Versagen-der-politischen-Bildung> [abgerufen am 06.01.2019].

27 Vgl. SANDER, Wolfgang: Politik entdecken – Freiheit leben. Didaktische Grundlagen politischer Bildung, Schwalbach: Wochenschau 2013, 135.

28 Vgl. SANDER, Wolfgang: Politische Bildung als Unterrichtsprinzip, Justus-Liebig-Universität Gießen, 2008, in: <http://geb.uni-giessen.de/geb/volltexte/2008/6401/pdf/Sander-PolitischeBildung.pdf> [abgerufen am 16.11.2018].

Im politikwissenschaftlichen Diskurs der letzten Jahre wird vor allem auf das zunehmende gesellschaftliche Phänomen der politischen Indifferenz hingewiesen. In empirischen Umfragen nimmt die Zahl der politisch Unentschlossenen zu. Man spricht von gesellschaftlicher Entpolitisierung und Entfremdung.²⁹ Zunehmende Politikdistanz stellt sich als bedrohliches Problem für die Demokratie-Entwicklung heraus und beruht nach Massing auch auf einem Vermittlungsproblem.³⁰ Die (Wieder-)Entdeckung eines grundsätzlichen Interesses am Politischen gilt demnach als wesentliches Unterrichtsziel für die Politikdidaktik. Darüber hinaus wird der bisherigen Politischen Bildung im österreichischen Schulwesen aufgrund von zunehmendem autoritärem, rassistischem und antisemitischem Gedankengut sowie einer wachsenden Ablehnung demokratischer Grundwerte und menschenrechtlicher Grundlagen Versagen vorgeworfen.³¹ Bindungs- und Identitätsverluste und damit einhergehende Populismen und Extremismen sollten im Schulunterricht Berücksichtigung finden. Angesichts gesellschaftlicher Herausforderungen durch Globalisierung, Migration und Digitalisierung erwartet man sich von einer Politischen Bildung aktuell auch einen Beitrag, zur Verhinderung eines gesellschaftlichen Auseinanderdriftens. Eine breite Abdeckung politischer Themen durch das *Unterrichtsprinzip* könnte hier mitunter als Gegenmittel helfen.³² Die Geschichte des österreichischen Schulwesens bietet jedoch auch zahlreiche Beispiele für eine „ideologisch aufgeladene Überpolitisierung“³³, um die Schule für politische Zwecke in den Dienst zu nehmen. Gerade der Religionsunterricht war in der Vergangenheit aufgrund seines engen Verhältnisses zum Staat mitunter besonders anfällig. Aber auch eine bloße Fokussierung auf das Fachliche wird als problematisch gesehen. In Hinblick auf den Religionsunterricht werden daher im Folgenden vier Beispiele dargestellt, die zu einer Reflexion der Gefahrenquellen des Handelns als Lehrperson anleiten sollen:

Kritiklosigkeit und Autorität

Das Schulwesen im Ständestaat zeigte, dass auch ein ‚unpolitischer‘ Religionsunterricht politische Funktionen erfüllen kann: Im Gegensatz zum Nationalsozialismus wurde die Schule im Ständestaat zwar als unpolitisch verstanden, der Religionsunterricht, welcher 1933 wieder eingeführt wurde, diente in seiner Funktion jedoch auch als Vermittler staatsbürgerschaftlicher – vaterländisch-österreichi-

29 Vgl. VAN INGELGOM, Virginie: *integrating indifference. a comparative, qualitative and quantitative approach to the legitimacy of European integration*, Colchester: ECPR 2014, 183; 187–188.

30 Vgl. MASSING, Peter: *Politik vermitteln. Legitimationsfragen in der Demokratie*, Schwalbach: Wochenschau 2012, 11.

31 MITTNIK 2017 [Anm. 26].

32 Vgl. AMMERER, Heinrich u.a.: *Politisches Lernen. Der Beitrag der Unterrichtsfächer zur politischen Bildung*, Innsbruck: Studienverlag 2010, 11.

33 SANDER 2013 [Anm. 27], 135.

scher und sittlich-religiöser – Erziehung.³⁴ Gerade die Vermeidung expliziter politischer Fragestellungen im Religionsunterricht war ein wesentliches Element einer politischen Erziehung, die auf Untertanenmentalität und politische Abstinenz abzielte.³⁵ Indem der Ständestaat nur eine einzige gesellschaftliche ‚Wahrheit‘ zuließ, hat er die Erziehung zu Kritiklosigkeit und Unmündigkeit, Gehorsam, Pflichterfüllung und Unterordnung und damit die spätere Identifikation mit dem Nationalsozialismus vorbereitet.³⁶

Weltanschauungsunterricht ohne Multiperspektivität

Im Nationalsozialismus wurde das Schulfach der Staatsbürgerkunde abgeschafft. Man wollte damit jedoch nicht politische Themen aus der Schule verdrängen, sondern nationalsozialistische Weltanschauung als *Unterrichtsprinzip* ins Zentrum des schulischen Erziehungsauftrags stellen und damit sämtliche Unterrichtsfächer politisieren. Durch das normative Ziel ‚Deutschbewusstsein‘ wurden alle Gegenstände weltanschaulich ausgerichtet. Dieser Missbrauch der Politischen Bildung als *Unterrichtsprinzip* in der Rolle eines spezifischen Weltanschauungsunterrichts ließ Pluralität und Multiperspektivität nicht zu. Das hat nach 1945 zu Skepsis gegenüber der Beachtung politischer Dimensionen der Unterrichtsfächer geführt und bestimmt bis heute den Diskurs und den Umgang mit Politischer Bildung.³⁷

Soziales Lernen

Soziales Lernen, das zu Solidarität, Kooperationsbereitschaft, Konfliktlösung und Empathie hinführt, gehört mitunter zu wesentlichen Erziehungszielen des Religionsunterrichts und wird auch als spezifische Qualität des Religionsunterrichts betrachtet.³⁸ Das soziale Lernen gilt ebenso als eine Teilaufgabe Politischer Bildung. Politische Bildung jedoch bloß als ‚Verhaltenslehre‘ oder ‚Partnerschaftserziehung‘ zu sehen, wird auch als Flucht vor dem ‚Politischen‘ betrachtet.³⁹ Zugleich wird in der Politikdidaktik auf die so genannte ‚Parallelisierungsfalle‘ hingewiesen: Eine Übertragung von Konzepten von der eigenen sozialen Umgebung auf den öffentlichen Raum führe zu einer Engführung Politischer Bildung und zu Missverständnissen, betont Stein: „*Wer also meint, es vollziehe sich ein*

34 Vgl. HELLMUTH / KLEPP 2010 [Anm. 14], 47–49.

35 Vgl. SANDER 2008 [Anm. 28].

36 Vgl. DACHS 2008 [Anm. 2], 14.

37 Vgl. SANDER 2008 [Anm. 28].

38 Vgl. SUTOR, Bernhard: Politische Bildung im Religionsunterricht?, in: kursiv. Journal für Politische Bildung 4 (2006) 39.

39 Vgl. SANDER 2008 [Anm. 28].

„automatischer Qualitätssprung‘ vom Nahraum zum öffentlichen Raum, steigert letztlich die Politikverdrossenheit“⁴⁰.

Politikfreie Sachlichkeit

Verzichtet man auf ein Mitdenken der politischen Dimensionen der Unterrichtsfächer, so verschwindet das ‚Politische‘ nicht, sondern bleibt unreflektiert, was konsequenterweise zu einer politischen Überwältigung der Lernenden führen kann, warnen PolitikdidaktikerInnen.⁴¹ Durch eine Ausklammerung von Politik werden mitunter Zusammenhänge verschwiegen, die für die Orientierung in der Gesellschaft bedeutsam sind. Das Ausblenden politischer Einflussmöglichkeiten und politischer Zusammenhänge kann für die Demokratie gefährlich sein: *„Wo die politischen Implikationen des jeweiligen Themenzusammenhangs den Schülern nicht zur Diskussion gestellt sondern verschwiegen werden, werden gesellschaftlich-politische Vorgegebenheiten unreflektiert hingenommen, wird somit unreflektiert Erziehung zur bloßen Anpassung betrieben.“⁴²* Zu beachten ist darüber hinaus, dass das gesellschaftlich-politische Vorverständnis der Lehrpersonen und deren theologische Argumentationszusammenhänge ebenso als unreflektierte politische Einflussfaktoren der Unterrichtsgestaltung dienen können. Wenn es heißt, dass die Welt nicht veränderbar ist und Krieg und Not als Schicksalsschläge hinzunehmen sind, kann dies beispielsweise als politische Botschaft wirksam werden.⁴³

3. Überlegungen für den Religionsunterricht aus Sicht der Politikdidaktik

3.1 ‚Spezialfall‘ Religionsunterricht

Nachdem das ‚Religiöse‘ in den letzten Jahren verstärkt ins Zentrum politischer Debatten gerückt ist, gewinnt nun auch die Frage nach der Rolle des ‚Politischen‘ im Religionsunterricht an Relevanz.⁴⁴ An der Notwendigkeit der Thematisierung politischer Dimensionen der Religionen und des Religiösen werden von Seiten der Politikdidaktik kaum Zweifel geäußert. Es werden aber Vorbehalte ausgedrückt: Neben der – auch für andere Fächer zutreffenden Gefahr – des Dilettantismus und der Manipulation wird vor allem der Verdacht bis hin zum Vorwurf geäußert,

40 STEIN, Hans-Wolfram: Demokratisch Handeln im Politikunterricht. Projekte zur „Demokratie als Herrschaftsform“, Schwalbach: Wochenschau 2016, 12.

41 Vgl. LECHNER-AMANTE, Alexandra: Politische Bildung als Unterrichtsprinzip, in: SANDER, Wolfgang (Hg.): Handbuch Politische Bildung, Schwalbach: Wochenschau 2014, 203.

42 SANDER 2008 [Anm. 28].

43 Vgl. EBD.

44 Vgl. GRÜMME, Bernhard: Religionsunterricht und Politik. Bestandsaufnahme – Grundsatzüberlegungen – Perspektiven für eine politische Dimension des Religionsunterrichts, Stuttgart: Kohlhammer 2009, 250.

dass Religionen aufgrund ihrer eigenen strukturellen Verfasstheit mit pluralen und demokratischen Gesellschaften nicht vereinbar sind.⁴⁵ Es stellt sich daher die Frage, wie der in Österreich staatlich anerkannte Religionsunterricht in diesem Spannungsfeld das *Unterrichtsprinzip Politische Bildung* implementieren kann und soll?

Im Gegensatz zu anderen Gegenständen wird die Berücksichtigung politischer Aspekte im Religionsunterricht nicht vorrangig als fremder Ballast oder willkürliche Zusatzaufgabe betrachtet. Es gibt viele Beispiele, die zeigen, dass Religionsunterricht eng mit politischen Themen verbunden werden kann.⁴⁶ Gerade diese Tatsache führt aber auch zu Kritik. Die in der Vergangenheit mitunter zu engen Interdependenzen von Religion(sunterricht) und Politik müssen auch im Unterricht kritisch zum Thema gemacht werden. Das *Unterrichtsprinzip Politische Bildung* im Religionsunterricht zu beachten, heißt jedenfalls nicht, eine (Partei-)Politisierung des Religionsunterrichts erreichen oder die im demokratischen Verfassungsstaat wesentliche Unterscheidung von Religion und Politik aufheben zu wollen. Folgt man der Intention des *Unterrichtsprinzips*, sollte Religion jedoch auch nicht als bloße Privatsache betrachtet, sondern öffentliche Einflussfaktoren der Religionen sowie die Rolle des Staates und der Gesellschaft in Bezug auf die Religionen kritisch mitbedacht werden.⁴⁷ Aus historischen Gründen kommt in Österreich vor allem der römisch-katholischen Kirche eine privilegierte – auch gesetzlich verankerte – öffentliche Stellung zu. Im Zusammenhang mit der Entwicklung einer Migrationsgesellschaft in Österreich sollte auch eine zunehmende politische Instrumentalisierung von Religion(en) berücksichtigt werden.⁴⁸ Darüber hinaus machen globale Vernetzungen religiös grundierte politische Konflikte in der Öffentlichkeit und nicht zuletzt im österreichischen Schulwesen sichtbar.⁴⁹

In den folgenden Kapiteln geht es daher um einen zentralen Anspruch der Politikdidaktik an Lehrpersonen. Im Fokus stehen die drei Forderungen des so genannten ‚Beutelsbacher Konsens‘, welche unter PolitikdidaktikerInnen im deutschen Sprachraum als unabdingbare Prinzipien für die Politische Bildung gelten: Überwältigungsverbot, Gebot der Kontroversität und SchülerInnen-Orientierung. Zusätzlich werden aktuelle und problematische Aspekte zur *Politischen Bildung*

45 Vgl. LOBNER, Nadja: Religion und Demokratie, in: AMMERER, Heinrich / FALLEND, Franz / WINDISCHBAUER, Elfriede (Hg.): Demokratiebildung. Annäherungen aus Fachwissenschaft und Fachdidaktik. Innsbruck: Studienverlag 2012, 110.

46 Vgl. SANDER 2008 [Anm. 28].

47 Vgl. SUTOR 2006 [Anm. 38], 36–37.

48 Vgl. KÖCHLER, Hans: Das Verhältnis von Religion und Politik in Österreich und Europa. Die Idee des säkularen Staates, in: Forum Politische Bildung (Hg.): Religion und Politik, Innsbruck: Studienverlag 2013, 7–10.

49 Vgl. SANDER, Wolfgang: Religion – zur Einführung in das Schwerpunktthema, in: zeitschrift für didaktik der gesellschaftswissenschaften 2 (2018) 8.

als *Unterrichtsprinzip* mit dem Religionsunterricht in Verbindung gebracht: Welche Herausforderungen und Problemfelder stellen sich den ReligionslehrerInnen bei der Berücksichtigung des *Unterrichtsprinzips Politische Bildung* aus politikdidaktischer Sicht?

3.2 Überwältigungsverbot: Demokratiefähigkeit zeigen

Demokratisches Denken und Handeln ist nicht vereinbar mit der Einschränkung einer freien Entscheidung beziehungsweise einer selbständigen Urteilsbildung. Daher ist es wesentlich, dass junge Menschen in ihrer schulischen Sozialisation ein demokratisches Grundverständnis nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch erfahren können, um so „*demokratische Prinzipien besser internalisieren, vertreten und verteidigen zu können*“⁵⁰.

Der Anspruch vieler Religionen, letztgültige Offenbarungen zu besitzen, steht in Konflikt mit pluralen und liberalen Anforderungen moderner Demokratien.⁵¹ Politische Bildung im österreichischen Gemeinwesen sollte aber Demokratie-Bildung in den Mittelpunkt stellen. Dies erfordert zuallererst die Fähigkeit von Lehrpersonen, demokratisches Handeln zu zeigen, von Überwältigungen Abstand zu nehmen und Pluralismus zuzulassen.⁵² Religion kann zu demokratischen Einstellungen motivieren, diese fördern, aber auch behindern und diesen entgegenarbeiten. Sander fordert daher für den Religionsunterricht, dass nicht nur die demokratische Verfasstheit der eigenen religiösen Institution kritisch angesprochen und auf Spannungen zwischen Religion und Demokratie hingewiesen werden sollte. Bei der Auseinandersetzung mit Handlungsorientierungen heißt es, fertige Anleitungen zu vermeiden. Auch im Alltagsbewusstsein der SchülerInnen sind Anteile religiöser Traditionen zu finden, die mitunter demokratischen Prinzipien widersprechen, für politisches Handeln von Bedeutung sind und kritisch reflektiert werden sollten – wie beispielsweise durch religiöse Sozialisation vermittelte Einstellungen zu Autorität und Gehorsam, gesellschaftliche Ordnungsvorstellungen, Leitbilder für das Zusammenleben und Umgangsformen mit Konflikten.⁵³

50 KRAMMER, Reinhard: *Demokratielernen durch politische Bildung?*, in: AMMERER, Heinrich / FALLEND, Franz / WINDISCHBAUER, Elfriede (Hg.): *Demokratiebildung. Annäherungen aus Fachwissenschaft und Fachdidaktik*. Innsbruck: Studienverlag 2012, 31.

51 Vgl. AMMERER, Heinrich: *Zwei, die sich (nicht) vertragen? Religion und Politik*, in: AMMERER, Heinrich / FALLEND, Franz / WINDISCHBAUER, Elfriede (Hg.): *Demokratiebildung. Annäherungen aus Fachwissenschaft und Fachdidaktik*. Innsbruck: Studienverlag 2012, 116.

52 Vgl. LOBNER, Nadja: *Religion und Demokratie*, in: AMMERER, Heinrich / FALLEND, Franz / WINDISCHBAUER, Elfriede (Hg.): *Demokratiebildung. Annäherungen aus Fachwissenschaft und Fachdidaktik*. Innsbruck: Studienverlag 2012, 114.

53 Vgl. SANDER 2008 [Anm. 28].

3.3 Gebot der Kontroversität: Die politische Dimension der Religion(en) zum Thema machen

In einer pluralen Gesellschaft existieren unterschiedliche Standpunkte. Diese kontroversen und mitunter widersprechenden Sichtweisen gilt es, im Unterricht auch ausgewogen einfließen zu lassen und Einseitigkeiten zu vermeiden.

Das trifft im Religionsunterricht speziell auch auf die Reflexion eigener und fremder Geschichte(n) sowie der eigenen gesellschaftlichen Gegenwartsbedeutung zu. Religiöse Institutionen und der Religionsunterricht nehmen – gewollt oder ungewollt – Einfluss auf politische Bewusstseinsbildung und politische Prozesse.⁵⁴ Daher ist es notwendig, politische Aspekte des Gegenstands und Implikationen im Unterricht herauszuarbeiten, transparent zu machen, multiperspektiv zu diskutieren und Verflechtungen von Religion und Politik sowie deren vielfältige Betrachtungsweisen zur Sprache zu bringen. Sander betont diesbezüglich konkret die kontroverse und ambivalente Darstellung der Bedeutung von Religion(en) und deren Institutionen für die politische Identität, der besonderen Rechtsstellung des Religionsunterrichts sowie des vielschichtigen Einflusses von Stellungnahmen religiöser VertreterInnen auf die öffentliche Diskussion. Eine kontroverse Auseinandersetzung mit religionsgeschichtlichen Themen könnte darüber hinaus ein generelles Verständnis für die Komplexität politischer Prozesse fördern.⁵⁵

3.4 Prinzip der SchülerInnen-Orientierung: Politische Freiheit ermöglichen

Politische Bildung hat die Aufgabe, zu Autonomie und Mündigkeit zu führen und somit die Freiheit der Lernenden zu achten. Ihr Ziel soll die eigenständige Urteils- und Handlungsfähigkeit und die kritische Auseinandersetzung mit politischen Themen sein. Sie darf dabei nicht zur Herrschaftslegitimation dienen und zu unkritischer Anpassung führen, welche eine „*Degradierung der Lernenden zu Objekten der Belehrung*“⁵⁶ zum Ziel hat. Dafür ist es wesentlich, dass sich die Politische Bildung auf die Lebensbereiche der AdressatInnen und deren politische Interessen bezieht.⁵⁷ Demzufolge hat sich Religionsunterricht mit der aktuellen Lebenssituation der Menschen und mit deren politischen Fragestellungen zu befassen. Aus Sicht der Politikdidaktik sollen alltägliche Politikerfahrungen wie beispielsweise Medienrezeption, Konsum, Handlungsspielräume, Alltagskonflikte, Inklusion/Exklusion sowie Regelungen zu Freizeit und Schule/Arbeit thematisiert

54 Vgl. GRÜMME 2009 [Anm. 44], 250.

55 Vgl. SANDER 2008 [Anm. 28].

56 GRÜMME 2009 [Anm. 44], 36.

57 Vgl. PELINKA, Anton: Die Ermöglichung politischer Freiheit. Politikwissenschaft und Politische Bildung, in: HELLMUTH, Thomas / HLADSHIK, Patricia (Hg.): Inhalte, Methoden und Medien in der Politischen Bildung, Schwalbach: Wochenschau 2014, 14.

und stets auch an grundsätzliche Fragen und Probleme des Zusammenlebens und deren politische Bewältigung angeknüpft werden (u.a. Gemeinwohl, Macht, Knappheit).

Im Diskurs der Politikdidaktik tritt immer wieder die Frage auf, inwieweit den Lernenden Normen vorgegeben werden sollen oder dürfen. Dies berührt natürlich auch den Religionsunterricht und vor allem den Bereich der Erziehung zu religiösem Handeln sowie den Umgang mit ethischen Fragestellungen. Diese Frage wird in der Politikdidaktik – speziell in unterschiedlichen Wissenschaftstraditionen verschiedener Länder – durchaus divergent beantwortet. Grundsätzlich ist festzustellen, dass von Politischer Bildung in einem demokratischen und pluralen Gemeinwesen ein wesentlicher Beitrag zur Stabilität und Weiterentwicklung demokratischer Ordnung erwartet wird. Nach Sander soll ein Unterricht zur Politischen Bildung daher in erster Linie eine Anstiftung zu Freiheit sein: *„Am Ende ist es die Unterscheidung von Freiheit und Unfreiheit, die die eigentliche Trennungslinie zwischen demokratischen und nicht-demokratischen Gesellschaften markiert. In der Freiheit besteht – auf einer normativen Ebene – der kleinste gemeinsame Nenner demokratischer Gesellschaften.“*⁵⁸ Politische Bildung hat sich Pelinka zufolge nicht als Summe von Apellen zu verstehen, sondern sollte sich vor allem auf die Wirklichkeit und nicht auf einen Wunschzustand beziehen:⁵⁹ *„Es gilt, auf das Spannungsverhältnis zwischen Schein und Wirklichkeit, auf unterschiedliche Interessen und Wertvorstellungen sowie realmögliche Wege in die Zukunft zu vermitteln.“*⁶⁰ Den Fragen der Ethik und des Normativen ist die Politische Bildung grundsätzlich nicht verschlossen: Das Bewerten von Ungleichheiten, die Reflexion von Identitäten, das Kommunizieren und bewusste Beurteilen von Überzeugungen, das Treffen von Entscheidungen sowie die Begründung von (Nicht-)Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen sind wesentliche Kompetenzen der Politischen Bildung, die ethische und normative Dimensionen einschließen und auch Themen des Religionsunterrichts betreffen. Politische Bildung, welche die Freiheit der Lernenden achtet, sollte jedoch stets zu Mündigkeit und selbständiger Urteilsbildung führen: *„Die Urteile und Überzeugungen der Lernenden können nicht als vorgegebene Resultate politischen Lernens bestimmt werden. Politische Bildung rechnet vielmehr damit, dass die Lernenden zu anderen politischen Positionen gelangen als die Lehrenden.“*⁶¹

58 SANDER 2013 [Anm. 28], 50.

59 Vgl. PELINKA, 2014 [Anm. 57] 14.

60 EBD. 19.

61 GRÜMME 2009 [Anm. 44], 37.

4. Ausblick: Strukturelle Rahmenbedingungen schaffen

Der Implementierung des *Unterrichtsprinzips Politische Bildung* im österreichischen Schulsystem stehen gravierende strukturelle Probleme im Weg. Die meisten davon sind bereits seit den ersten empirischen Untersuchungen in den 1990er bekannt und beinahe unverändert immer noch vorhanden. Damit Lehrpersonen in der Lage sind, das *Unterrichtsprinzip Politische Bildung* im Religionsunterricht zu berücksichtigen und mögliche Fehlentwicklungen von Beginn an zu vermeiden, braucht es daher auch strukturelle Veränderungen:

Ausbildung und Fortbildung:

Aus- und Fortbildungen, welche auf die Umsetzung des *Unterrichtsprinzips Politische Bildung* in den unterschiedlichen Gegenständen des Fächerkanons vorbereiten, gibt es an österreichischen Pädagogischen Hochschulen und Universitäten nach wie vor unzureichend.⁶² Eine Studie von 2009 zeigt, dass nur 49 Prozent der österreichischen Lehrpersonen überhaupt vom *Unterrichtsprinzip Politische Bildung* gehört haben.⁶³ Für eine entsprechende Professionalisierung der (zukünftigen) Lehrpersonen für den Religionsunterricht gilt es daher, auf politische Gesichtspunkte der jeweiligen Fächer zu sensibilisieren als auch auf die didaktische Aufgabe der Vermittlung politischer Kompetenzen vorzubereiten.⁶⁴ Dafür müssen eine standardisierte Ausbildung sowie regelmäßige Fortbildungen angedacht werden.

Curricula:

Zwar ist es mittlerweile nötig, bei der Approbation österreichischer Schulbücher, die Berücksichtigung des *Unterrichtsprinzips Politische Bildung* nachzuweisen.⁶⁵ Bei der Erstellung der Curricula für die einzelnen Gegenstände des Fächerkanons wird dieses jedoch bisher weitestgehend ignoriert. Sowohl bei Haubenwallner als auch bei Larcher und Zandonella gaben knapp über die Hälfte aller befragten Lehrpersonen an, aufgrund des ohnedies bereits umfangreichen Lehrplans keine Möglichkeit mehr zu haben, Politische Bildung in ihren Unterrichtsfächern einzubinden.⁶⁶ Erschwerend kommt die Vielzahl an Unterrichtsprinzipien hinzu, denn

62 Vgl. LECHNER-AMANTE 2014 [Anm. 41], 209.

63 Vgl. FILZMAIER, Peter / KLEPP, Cornelia: Mehr als Wählen mit 16: Empirische Befunde zum Thema Jugend und Politische Bildung, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 38/3 (2009) 348.

64 Vgl. LECHNER-AMANTE 2014 [Anm. 41], 210.

65 Vgl. WIRTITSCH, Manfred: Das Unterrichtsprinzip Politische Bildung, in: DIENDORFER, Gertraud / HELLMUTH, Thomas / HLADSKIK, Patricia (Hg.): Politische Bildung als Beruf. Professionalisierung in Österreich, Schwalbach: Wochenschau 2012,74.

66 Vgl. LARCHER / ZANDONELLA 2014 [Anm. 23], 21; vgl. HAUBENWALLNER 1990 [Anm. 20], 19.

im österreichischen Schulsystem existieren zusätzlich zur Politischen Bildung noch neun weitere.⁶⁷

Unterrichtsmaterialien:

Da der ‚Grundsatzterlass‘ in Hinblick auf die Inhalte der Politischen Bildung vage und ungenau bleibt und der Lehrplan Politische Bildung kaum oder gar nicht berücksichtigt, wäre eine Konkretisierung der Unterrichtsinhalte zur Politischen Bildung in Form von Unterrichtsmaterialien für die einzelnen Gegenstände wichtig. Dem Problem der Abhängigkeit Politischer Bildung von der einzelnen Lehrperson und ihrer Motivation kann mit Ideen und präzisen Angaben möglicherweise entgegengearbeitet werden.⁶⁸ Die Kritik an zu geringen oder schlechten Lehrmaterialien zur Politischen Bildung ist deutlich: In der Studie zur Politischen Bildung von Larcher und Zandonella wünschten sich 73,5 Prozent der befragten Wiener Lehrpersonen der Sekundarstufe I bessere Materialien und Schulbücher zur Implementierung des *Unterrichtsprinzips*.⁶⁹

Vernetzung:

In der Praxis der Umsetzung des *Unterrichtsprinzips* wird deutlich, dass eine fächerübergreifende Zusammenarbeit und ein Aufeinander-Beziehen der Unterrichtsfächer wesentliche Komponenten sind, wenn *Politische Bildung als Unterrichtsprinzip* nicht aus unzusammenhängenden Segmenten bestehen soll.⁷⁰ Schließlich wird auch eine engere Zusammenarbeit mit der Politikdidaktik und eine Berücksichtigung deren Expertise für eine Professionalisierung der Implementierung des *Unterrichtsprinzips Politische Bildung* im Religionsunterricht von Vorteil sein.

67 Vgl. BMBWF: Unterrichtsprinzipien, in: <https://bildung.bmbwf.gv.at/schulen/unterricht/prinz/index.html> [abgerufen am 24.01.2019].

68 Vgl. LARCHER / ZANDONELLA 2014 [Anm. 23], 86.

69 Vgl. EBD, 39.

70 Vgl. SANDER 2008 [Anm. 28].